

Polen, der große Unbekannte



Konrad Freiberg, Chef der GdP, ist besorgt um die Sicherheit bei der WM. (Foto: dpa)

FUSSBALL-WM / Die Gewerkschaft der Polizei rechnet mit Hooligan-Gewalt und beklagt mangelnde Sicherheit vor Großbildleinwänden.

ESSEN. Die Wahrheit liegt für ihn nicht auf'm Platz. Konrad Freiberg, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die 180 000 Beschäftigte vertritt, hält die WM-Stadien für sicher. Abseits des grünen Rasens, in den Innenstädten, auf den öffentlichen Plätzen; eben da, wo die Übertragung der Spiele auf Großbildleinwänden geplant ist, droht aus seiner Sicht "die größte Gefahr". Im Gespräch mit der NRZ lässt Freiberg keinen Zweifel daran, dass er für das so genannte "public viewing" (öffentliches Zuschauen) penible Zugangskontrollen und Videokamera-Überwachung für unerlässlich hält.

Keine "Polizeifestspiele"

Befürchtungen, die WM könne darüber zu unangenehmen "Polizeifestspielen" gerinnen, teilt er nicht. "Nein, das wird eine fröhliche WM." Aber nicht nur wegen der "latenten Terror-Gefahr" sei höchste Sorgfalt geboten. Magenschmerzen bereitet Freiberg, dass es mit den Sicherheitsvorkehrungen in jenen Städten, die "public viewing" ermöglichen, höchst unterschiedlich aussieht. "Manche Städte sagen, wir machen Videoüberwachung und umzäunte Plätze, andere winken ab. Ich bin entsetzt. Da planen wir seit Jahren diese WM und 100 Tage vorher ist alles ziemlich unklar, alles unverbindlich." Freiberg meint damit, dass alles das, was das Bundesinnenministerium und die Innenminister der Länder zum öffentlichen Fußballgucken gesagt haben, lediglich "empfehlenden Charakter" besitze. Freiberg: "Jede Stadt macht das so, wie sie es für richtig hält. Das kann doch nicht sein. Es müssen einheitliche Standards her."

Darunter versteht Freiberg vor allem "Zugangskontrollen, Einzäunungen, Ordner und den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten". Dies müsse schnellstens geregelt werden. Daran bemesse sich schließlich die Personalstärke der Polizei.

Den Verweis mancher Städte, dass Videoüberwachung und Umzäunung viel Geld kosteten, will Freiberg nur bedingt gelten lassen.

Freiberg: "Der Weltfußballverband, die Fifa, muss sich selbstverständlich an den

Kosten beteiligen. Das darf nicht bei den Städten und am Ende bei der Polizei hängenbleiben. Wer, etwa durch Werbe-Einnahmen, viel, viel Geld verdient, der muss sich auch nennenswert an den Auflagen beteiligen."

Freiberg rechnet bei der WM mit Auseinandersetzungen verfeindeter Hooligan-Gruppen "Darauf müssen wir auf jeden Fall gefasst sein. Das ist keine Theorie, das wird so kommen."

Dabei seien die Dimensionen der Fanströme beachtlich. Allein aus England erwartet der GdP-Chef pro Spiel der englischen Mannschaft rund 25 000 Fußball-Fans, "die ohne Eintrittskarten anreisen wollen". Der "große Unbekannte" sei jedoch Polen, das etwa am 14. Juni in Dortmund auf Deutschland trifft.

Keine zusätzliche Heimatschutztruppe

Freiberg: "Wir wissen, dass in der polnischen Hooligan-Szene ein ungeheures Gewaltpotenzial steckt, das sich zum Teil auch mit rechtsextremistischen Kreisen verbindet. Das ist schon eine neue Kategorie von Gewalt im Fußball. Wir müssen auf der Hut sein."

Politische Vorstöße für einen Einsatz der Bundeswehr bei der WM lehnt der oberste Polizei-Lobbyist ab: "Wo die Bundeswehr helfen kann, da tut sie das längst. Aber wir wehren uns dagegen, dass die Bundeswehr Polizeiaufgaben wahrnehmen soll. Der Eingriff in Bürgerrechte muss in der Hand von Profis bleiben. Wir benötigen keine zusätzliche Heimatschutztruppe mit Wehrpflichtigen." (NRZ)

28.02.2006 DIRK HAUTKAPP

Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen
Kommanditgesellschaft